



Deutscher Verein
für öffentliche
und private Fürsorge e.V.

Kongress „Bildung als Ausweg aus Familien- und Kinderarmut?“ am 28. September 2017 in Braunschweig

„Bildung als Ausweg aus Familien- und Kinderarmut?“ – Key Note, Nora Schmidt,
Geschäftsführerin Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V.

- *Es gilt das gesprochene Wort* -

Sehr geehrte Damen und Herren,
ich danke Ihnen herzlich für die Einladung und freue mich, heute zu der grundlegenden Frage zu sprechen: Ob Bildung ein, wenn nicht gar der Weg aus der Kinder- und Familienarmut ist.

Ich knüpfe damit an meine Überlegungen des vorangegangenen Kongresses 2015 in Wolfsburg an. Damals habe ich zum Thema *chancengerechtes Aufwachsen* einen Wunsch und eine Aufforderung formuliert: Bewegt durch die Situation der vielen schutzsuchenden, nach Deutschland geflüchteten Kinder, habe ich damals für Weitsicht und Mut für die richtigen Weichenstellungen in der Sache geworben, um die Herausforderungen gemeinsam erfolgreich gestalten zu können.

Verbunden war dieser Wunsch mit einer Aufforderung: Die Chancen dieses gesellschaftspolitisch bedeutenden Einschnitts in der bundesrepublikanischen Geschichte zu erkennen und zu nutzen. Diese Wünsche möchte ich meinen heutigen Ausführungen voranstellen. Denn: das Thema Armut wirklich zu thematisieren, präventiv zu arbeiten ohne dabei den Blick auf schnelle Erfolge zu lenken, bedeutet mutig zu sein.

Meine Damen und Herren,
in meinem Key Note werde ich zunächst auf die bestehenden vieldimensionierten Risikolagen und die strukturelle Bedingtheit von Armut eingehen. Daher kann es auf die Frage nach den Wegen aus der Kinder- und Familienarmut auch nur vielschichtige Antworten geben. Bildung ist eine davon, aber ist sie auch ausreichend?
Daneben möchte ich aus Sicht des Deutschen Vereins Impulse setzen, Kinder- und Familienarmut wirksam zu begegnen.

Armut hat viele Gesichter und ist keinesfalls ein persönliches, sondern ein strukturelles Problem. So ist trotz einer insgesamt guten Konjunktur und Beschäftigungssituation die Armutsgefährdungsquote in Deutschland in den letzten Jahren gestiegen. Dies zeigt der vor kurzem veröffentlichte fünfte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung.¹

Auch wenn es vielen Familien in Deutschland nach wie vor gut geht, muss doch ein nicht unerheblicher Teil von ihnen täglich um die existentielle Absicherung bangen. Das Risiko, in Armut zu leben, hängt dabei von verschiedenen Faktoren ab: als zentral zeigt sich eine geringe oder fehlende Erwerbsbeteiligung.² Zugleich entscheiden auch Familienform, soziale Herkunft, Bildungsstand und Migrationshintergrund über ein sicheres, gutes Aufwachsen von Kindern und das Wohlergehen von Familien.

Besonders für Alleinerziehende ist die Situation herausfordernd: Sie beziehen fünfmal so häufig SGB-II-Leistungen wie Paarfamilien³. 9 von 10 der Betroffenen sind Frauen. Hinzukommt, dass viele von ihnen trotz Erwerbstätigkeit nicht von ihrem Einkommen leben können: So ist über ein Drittel der Alleinerziehenden im SGB-II-Bezug erwerbstätig.⁴

Wir wissen: das Gesicht der Armut in Deutschland ist weiblich. Denn vor allem alleinerziehende Frauen sind von Armut gefährdet; aktuell betrifft dies 44 Prozent der Haushalte. Damit ist das Risiko für Alleinerziehende arm zu sein, vier Mal so hoch wie das von Paarhaushalten⁵. Und auch im Alter sind vor allem Frauen von Armut betroffen.

Armut hat in Deutschland aber auch ein junges Gesicht: Rund 2,8 Millionen Kinder und Jugendliche waren laut Mikrozensus 2015 armutsgefährdet⁶. Damit zeigt sich deutlich: die Möglichkeiten für ein Aufwachsen im Wohlergehen sind in Deutschland stärker denn je ungleich verteilt. Dies betrifft vor allem die Haushalte, in denen drei oder mehr Kinder leben. 25 Prozent von ihnen leben damit in einer Armutsrisikolage.

Verschärft hat sich dabei explizit die Situation der Kinder, die in den letzten Jahren selbst nach Deutschland eingewandert sind: die aktuelle Armutsrisikoquote von Kindern und Jugendlichen, die ohne ihre Familien nach Deutschland geflüchtet sind, zeigt einen signifikanten Anstieg von 36 auf 49 Prozent.⁷

¹ 5. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, März 2017

² 5. ARB, Familienreport BMFSFJ, 6. Nationaler Bildungsbericht

³ Familienreport BMFSFJ 2017: 68

⁴ ebd.

⁵ Familienreport BMFSFJ 2017: 54

⁶ ebd.

⁷ vgl. BMFSFJ 2017: 55

Armut hat folglich viele Gesichter und ist dabei doch kein persönliches Verschulden; denn: Armut ist auf Grund des engen Zusammenhangs zwischen Erwerbsarbeit, sozialer Ungleichheit und Teilhabechancen strukturell bedingt. Nur so ist verstehbar, weshalb Maßnahmen und Strategien gegen Kinder- und Familienarmut mehrdimensional ansetzen müssen. Denn Armut hat wesentliche Folgen für das Wohlergehen und die Lebensqualität der betroffenen Menschen. Neben materiellen Einschränkungen zeigen sich vor allem eingeschränkte Teilhabechancen und das subjektive Erleben von Ausgrenzung.

Ihr heutiges Thema ist: Kann Bildung ein, wenn nicht gar *der* Weg aus Armut sein? Wir wissen seit Langem, dass Bildung einer der Wirkfaktoren gegen Benachteiligung und Chancenungleichheit ist. Dabei zeigt sich eine konstante Größe: der Zusammenhang von Bildung, sozialer Herkunft und Armutsrisiko. So hat der Nationale Bildungsbericht von Bund und Ländern im letzten Jahr erneut bestätigt, dass sich Bildungsbenachteiligungen aufgrund sozialer Herkunft und Migrationshintergrund verfestigt haben.⁸ Nach wie vor prägen soziale Disparitäten den Bildungserwerb stark. Vor allem für Kinder und Jugendliche, die in Armut aufwachsen, hat das meist lebenslange Folgen: Herkunft, Bildungsniveau und Einkommen bestimmen in Deutschland über Teilhabechancen und Bildungsverläufe.

Besonders viele Einschränkungen erleben dabei junge Menschen mit Migrationsgeschichte und junge Menschen mit Beeinträchtigungen. Die Chancen, die eigene Lebensplanung selbstbestimmt entlang der Potentiale und Wünsche zu entwickeln, sind in Deutschland ungleich verteilt. Das ist eine bittere Erkenntnis und der Beweis dafür, dass Bildungsaufstiege nicht ohne weiteres gelingen.

Außer Frage steht folglich die zentrale Bedeutung von Bildung für Chancengerechtigkeit und Teilhabe. Diese wiederum sind der Garant für wirksame Maßnahmen und Strategien gegen Kinder- und Familienarmut.

Ein modernes Bildungsverständnis – so der sechste Nationale Bildungsbericht - findet seinen Ausdruck in der Fähigkeit, die eigene Biografie, das Verhältnis zur Umwelt und das Leben in der Gemeinschaft selbstständig zu planen und zu gestalten. Dabei ist sowohl Aufgabe des Bildungswesens, die Kompetenzen zu vermitteln, die den Menschen eine ihren Neigungen und Fähigkeiten entsprechende Erwerbsarbeit ermöglichen. Als auch zugleich gesellschaftliche Teilhabe und Chancengleichheit für den Einzelnen zu gewährleisten. Nur so ist es möglich, systematischer Benachteiligung, deren Folge ein erhöhtes Armutsrisiko sein kann, entgegen zu wirken.⁹

⁸ vgl. Nationaler Bildungsbericht 2016

⁹ vgl. Nationaler Bildungsbericht 2016

Die Auswirkungen von Benachteiligung und fehlenden Teilhabechancen zeigen sich langfristig im Hinblick auf Zugänge zur Erwerbstätigkeit, Einkommen und Armutsrisiko.¹⁰ Vor allem die Zugänge zu und die Nutzung von Bildungsangeboten sind deutlich eingeschränkt.¹¹

Trotz einer inzwischen stärkeren sozialen Durchlässigkeit erleben vor allem junge Menschen, die in Risikolagen aufwachsen sehr früh, dass sich Vorstellungen und Wünsche ihrer beruflichen Zukunft und damit ihrer Lebensplanung nicht oder nur zum Teil einlösen lassen. Auch die Übergänge und Schwellensituationen sind stark risikobelastet. Vor allem für junge Menschen mit Migrationsgeschichte setzen sich eingeschränkte Zugänge und Teilhabe bildungsbiografisch weiter fort: Sie erleben häufiger Barrieren an den Übergängen. Das Risiko, damit selbst später arm zu sein, steigt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
lassen Sie mich an dieser Stelle auf den Zusammenhang von Bildung und Migration eingehen. Im bildungspolitischen Diskurs widmen sich Forschung und Bildungsberichterstattung diesem Zusammenhang seit langem sehr dezidiert. Eine neue Relevanz und Brisanz hat das Thema 2015 gewonnen, als viele schutzsuchende Menschen nach Deutschland kamen. Deutschland ist geprägt durch Einwanderung und zugleich durch Bildungsbenachteiligung entlang von eigenen oder familialen Fluchterfahrungen und Migrationsbiografien. Inzwischen wissen wir, dass Migration immer im Zusammenspiel mit weiteren Faktoren betrachtet werden muss, um die Mechanismen sozialer Bildungsdisparität differenziert zu erfassen.¹²

Demgegenüber ist das Bildungskapital der Eltern ein für Kinder zukunftsweisendes Privileg: Bei gleicher Schulempfehlung hat ein Kind, dessen Eltern beide die Hochschulreife haben, eine fast 10 Prozent höhere Wahrscheinlichkeit, ein Gymnasium zu besuchen, als ein Kind, dessen Eltern keine Hochschulreife haben.¹³ Diese Tendenz setzt sich im weiteren Bildungsverlauf fort: es gibt mehr Abstiege aus dem Gymnasium als Aufstiege aus der Realschule. Beeinflussend wirken dabei die Bildungsbiografien der Eltern, die Entscheidungen der Eltern, Empfehlungen der Lehrkräfte und auch unterschiedliche Lernmilieus in den verschiedenen Schulformen.

Bildungsungleichheit ist folglich ähnlich wie Armut vielschichtig und durch viele Faktoren strukturell bedingt. Auf die Frage, ob Bildung ein Weg aus Familien- und Kinderarmut ist,

¹⁰ ebd.: 215

¹¹ vgl. ebd.

¹² ebd. 162

¹³ ebd.: 222

kann es also keine einfache und eindimensionale Antwort geben. Aber eine eindeutige dahingehen, dass Bildung ein wesentlicher Faktor für Armutsprävention ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
die dauerhafte Beseitigung und Prävention von Kinder- und Familienarmut muss ganz weit oben auf der politischen Agenda der neuen Legislaturperiode stehen. Seit Jahrzehnten stehen Fragen nach Strategien zur Verhinderung von Kinder- und Familienarmut im Raum. Dauerhaft wirksame und vor allem ressortübergreifende Strategien fehlen bisher jedoch. Der Deutsche Verein fordert seit Langem, dass familien- und sozialpolitische Maßnahmen und Leistungen darauf ausgerichtet sein müssen, Armutsrisiken für Familien zu vermeiden. Das gilt nicht allein in materieller Hinsicht, sondern auch im Hinblick auf Teilhabe am Leben in der Gesellschaft.

Als das gemeinsame Forum für alle Akteure in der sozialen Arbeit, der Sozialpolitik und des Sozialrechts in Deutschland hat sich der Deutsche Verein in etlichen Bereichen mit Handlungsbedarfen und Lösungsvorschlägen beschäftigt, Kinder- und Familienarmut zu begegnen.

Vor dem Hintergrund dieser vielfältigen Risiken und Faktoren der Kinder- und Familienarmut kann es nur durch differenzierte Maßnahmen, vor allem aber durch eine langfristige Strategie gelingen, (verfestigter) Armut zu begegnen.

Dafür braucht es aus Sicht des Deutschen Vereins:

1. Ein kohärentes ganzheitliches Unterstützungssystem: Der Deutsche Verein fordert seit vielen Jahren ein kohärentes, am Lebenslauf und an der Vielfalt von Familienleben orientiertes, ganzheitliches Unterstützungssystem, das die einzelnen Familienmitglieder in den Blick nimmt. Dafür sind aufeinander abgestimmte monetäre, infrastrukturelle und zeitpolitische Maßnahmen notwendig. Ein bleibender Faktor zur Verringerung von Armut besteht in der monetären Unterstützung von Familien. Kindergeld, Kinderzuschlag und Unterhaltsvorschuss haben einen messbaren Effekt auf die wirtschaftliche Stabilität, in der Familienhaushalte leben. ¹⁴

2. Eine konsistente Lebenslagenorientierung aller Ansätze und Maßnahmen: Aus unserer Sicht ist bei der Ausgestaltung einer erfolgreichen Familien-, Bildungs- Arbeitsmarkt- und Integrationspolitik entscheidend, die Lebenswirklichkeiten von Familien anzuerkennen und Ansätze und Maßnahmen lebenslagenorientiert auszurichten. Im besonderen Blick

¹⁴ Eckpunktepapier des Deutschen Vereins zur Weiterentwicklung des Systems monetärer Unterstützung von Familien und Kindern, 2013

müssen dabei eben jene Kinder und Familien sein, die in Risikolagen aufwachsen und damit schlechtere Chancen auf Zugänge zu Teilhabe und Bildung haben.

3. Zugänge zu Bildung und Angeboten der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe für junge Menschen mit Fluchterfahrungen und Migrationshintergrund schaffen: Der Deutsche Verein hat sich in den letzten zwei Jahren dezidiert mit der Frage befasst, wie es gelingen kann, Zugänge zu Bildungs- und Unterstützungsangeboten für geflüchtete Menschen herzustellen. Der Deutsche Verein und die in ihm zusammengeschlossenen Akteure sprechen sich dafür aus, dass Kinder und Jugendliche ihr Recht auf Bildung so früh als möglich in Anspruch nehmen müssen.

Darüber hinaus haben wir angeregt, das Schulsystem insgesamt zu stärken, um den Aufgaben bei der Inklusion und Integration von Kindern und Jugendlichen gerecht werden zu können. Der Zugang zu schulischer Bildung ist ein verankertes universelles Menschenrecht. Damit ist der Zugang zu Bildung unabhängig vom aufenthaltsrechtlichen Status oder der Nationalität, dem Grund der Migration und der voraussichtlichen Dauer des Aufenthalts in Deutschland sowie der bisherigen schulischen Vorbildung sicherzustellen. Kinder und Jugendliche müssen ihr Recht auf Bildung damit so frühzeitig als möglich in Anspruch nehmen können.¹⁵ Erlebte Erfahrungen von Flucht, die zu Brüchen im Bildungsverlauf führen, dürfen dabei die Möglichkeiten des Zugangs zu Bildung zum Erwerb schulischer Abschlüsse oder einer Ausbildung nicht einschränken. Bei Letzterem sollte stets das Leitbild „Qualifikation vor Vermittlung“ in den Arbeitsmarkt stehen.

4. Sprache als Schlüssel für Teilhabe an Bildung:

Eine weitere zentrale Voraussetzung von Teilhabe an Bildung ist der Spracherwerb. Auch hier zeigen sich höhere Förderungsbedarfe bei Kindern aus Familien in Risikolagen und mit Migrationshintergrund.¹⁶

Seit mehreren Jahren versuchen Bund und Länder mit zahlreichen Programmen, dieser Ungleichheit entgegen zu wirken. Ich denke dabei an das Bundesprogramm „Sprach-Kitas“, welches dieses Jahr ja in die zweite Förderphase ging oder an das Programm „Kein Kind zurücklassen“ des Landes NRW. Das Thema „alltagsintegrierte Sprache, Sprachförderung“ wird dennoch ein Dauerbrenner bleiben. Und es ist insbesondere dann virulent, wenn die Kinder in die Schule gehen. Hier braucht es – nicht nur beim Thema Sprache – eine gute und das Wohlergehen der Kinder unterstützende Übergangsbegleitung.

¹⁵ Empfehlungen des Deutschen Vereins zur Förderung der Integration geflüchteter Menschen 2016

¹⁶ vgl.ebd. Nationaler Bildungsbericht 2016, S. 215

5. Niedrigschwellige Zugänge zu Leistungen und Unterstützungsangeboten schaffen:

Angebote und Leistungen für Familien müssen zugänglich sein und genutzt werden können. Hürden bei der Inanspruchnahme müssen erkannt und abgebaut werden. So wissen wir, dass nur ein Drittel der Anspruchsberechtigten den Kinderzuschlag nutzt. Auch beim Bildungs- und Teilhabepaket zeigt sich ein scheinbar eingeschränkter Zugang: zwischen 2011 und 2013 wurde zwar für mehr als die Hälfte der grundsätzlich berechtigten Kinder und Jugendlichen mindestens ein Antrag gestellt. Damit haben 45 % der Berechtigten mindestens eine Leistung für Bildung und Teilhabe in Anspruch genommen. Das heißt aber auch, dass mehr als die Hälfte nicht davon profitieren konnten. Familien mit Migrationshintergrund kennen die Leistung beispielsweise häufig nicht. An dieser Stelle möchte ich nicht unerwähnt lassen, dass sich hier schon viele Kommunen auf den Weg gemacht haben, ihre Informations- und Zugangspolitik über bzw. zu Angeboten und Leistungen mehrsprachig, zeitlich und örtlich flexibel und interkulturell zu gestalten.

6. Ausbau der Ganztags- und Schulkinderbetreuung und Absicherung von qualitativ hochwertiger frühkindlicher Bildung für alle Kinder:

Neben dem Elternhaus als erster Bildungsinstanz entscheidet die frühkindliche Bildung über die späteren Chancen auf Teilhabe und Wohlergehen. Der Deutsche Verein spricht sich daher für einen bedarfsgerechten und qualitativen Ausbau der Kindertages- und Schulkinderbetreuung aus und hat auf die höheren Förderungsbedarfe bei Kindern aus Familien in Risikolagen und mit Migrationshintergrund hingewiesen.¹⁷

So hat zwar jedes Kind ab dem vollendeten ersten Lebensjahr einen individuellen Rechtsanspruch auf einen Platz in einer Kindertageseinrichtung oder / und einer Kindertagespflegestelle – der gilt auch für Kinder, die aus geflüchteten Familien kommen. Allerdings stoßen sie in eine Zeit des akuten Platz- und Personalmangels. Negative Effekte von Belastungssituationen in Familien auf das Wohlergehen der Kinder können durch die Inanspruchnahme von Kindertagesbetreuung aber verringert oder sogar vermieden werden¹⁸. Besondere Unterstützung bedarf es dabei, die erste Hürde des Zugangs zur Kindertagesbetreuung zu nehmen, denn: sie wird häufiger von Eltern mit formal höherem Bildungsabschluss genutzt¹⁹. So zeigt eine Studie des DIW aus dem Jahre 2015, dass unter allen Familien, die für die Kita-Nutzung bezahlen, Familien aus dem unteren Einkommensbereich den höchsten Anteil ihres Einkommens für die Gebühren aufwenden.²⁰

¹⁷ vgl. ebd.

¹⁸ DIW, Kai-Uwe Müller et al. 2013; Prognos 2014; zitiert nach 5. ARB

¹⁹ ebd.: 212

²⁰ Schröder et al. (2015), „Private Bildungsausgaben für Kinder: Einkommensschwache Familien sind relativ stärker belastet“, DIW-Wochenbericht 8.2015, online abrufbar unter: www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.497236.de/15-8-3.pdf

Für den Deutschen Verein liegt das Hauptaugenmerk vor allem in einem bedarfsgerechten und qualitativen Ausbau der Kindertagesbetreuung.

Eine verlässliche Bildung, Erziehung und Betreuung in Kindertageseinrichtungen, Kindertagespflege sowie schulischen und schulnahen Ganztagsangeboten sind eine grundlegende Voraussetzung für Teilhabe an der Gesellschaft, ein chancengerechtes Aufwachsen sowie wirtschaftliche Unabhängigkeit.²¹

7. Ein weiterer Aspekt, den ich hier in den Raum stellen möchte ist die **Beteiligung der von Armut betroffenen Menschen**. Es geht mir dabei um Formen des Empowerments, die vor allem für marginalisierte Gruppen gesellschaftliche Teilhabe bewirken können. Gerade für Menschen in Armutsrisikolagen stellt dies eine Möglichkeit dar, niedrighschwellig ihre eigenen Ideen, Vorstellungen und soziales Engagement gesellschaftlich einbringen zu können und so nicht zu passiven Hilfeempfängern „stigmatisiert“ zu werden. Vor diesem Hintergrund haben wir es begrüßt, dass beim 5. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung erstmalig auch die Perspektiven von Menschen mit Armutserfahrungen einbezogen wurden. Gewünscht hätten wir uns aber auch, dass die Aussagen auch Eingang in die Berichterstattung gefunden hätten. Dies hätte zu einem besseren Verständnis über Risikofaktoren und Mechanismen von Armut und über Lösungsmöglichkeiten beigetragen.²² Darüber hinaus fehlt es ganz grundsätzlich an empirischer Erkenntnis und Forschung darüber, was Armut für Menschen bedeutet und inwiefern die Unterstützung und Angebote Wirkung entfalten.

8. Abschließend möchte ich auf die **Erfahrungen präventiver Modelle** eingehen: Vor allem im Hinblick auf Verhaltens- und Verhältnisprävention können hier die umfassenden Erfahrungen der kommunalen Präventionsketten genutzt werden. Als Förderung armutsgefährdeter Kinder haben sich die kommunalen Präventionsketten bewährt. Die Stärkung von Familienbildung und Elternbegleitung durch die Netzwerke der Frühen Hilfen oder kommunale Bildungslandschaften ist dabei ein wichtiges Glied von wirksamer Prävention.

Vor allem tragen die Sektoren- und professionsübergreifende Zusammenarbeit dazu bei, Zugänge zu öffnen und Eltern zu sensibilisieren.

So wissen wir zum Beispiel aus dem Landesprogramm „Kein Kind zurücklassen“ aus Nordrhein-Westfalen, dass sich Präventionsarbeit bewährt hat: der Aufbau kommunaler Präventionsketten hat sich bei der Förderung armutsgefährdeter Kinder und ihrer Familien

²¹ Stellungnahme der Geschäftsstelle des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V. anlässlich der Anhörung zum Thema „Verbesserung der Situation Alleinerziehender“ des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend des Deutschen Bundestages am 14. März 2016

²² Stellungnahme der Geschäftsstelle des Deutschen Vereins zum Entwurf des Fünften Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung, 04. Januar 2017

hat Wirkung gezeigt. Im Programm hat sich gezeigt, dass Präventionsarbeit dann wirksam ist, wenn sie an den Lebensverhältnissen von Eltern und ihren Kindern ansetzt und ressortübergreifend agiert. Dabei geht es - meine Damen und Herren - vor allem darum, von Verantwortlichkeiten und nicht von Zuständigkeiten aus zu denken.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

lassen Sie mich zusammenfassend konstatieren: Armut kann wirksam mit Bildung begegnet werden. Jedoch bedarf es neben bildungspolitischen Maßnahmen eines abgestimmten, ressortübergreifenden Pakets an sozialpolitischen Strategien, um Armut wirksam zu verhindern.

In diesem Sinne wünsche ich uns den Mut, Lösungen fernab von Leuchtturmprojekten, versäultem Ressortdenken und unabhängig von Legislaturperioden zu finden und bewährte, wie auch neue Wege zu beschreiten, um Kinder- und Familienarmut dauerhaft zu verhindern.

Sie haben sich in Ihren Regionen und auch mit der heutigen Veranstaltung schön längst auf den Weg gemacht. Ich wünsche Ihnen heute einen guten Austausch und weiterhin viel Erfolg!

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

Material

- Autorengruppe Bildungsberichterstattung: „Bildung in Deutschland 2016. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildung und Migration“, Bielefeld 2016
- Bildung auf einen Blick 2017, OECD-INDIKATOREN
- Fünfter Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, März 2017
- Inklusion – Leitlinien für die Bildungspolitik, UNESCO 2009
- BMFSFJ: Familien Report 2017
- Prognos „Blickpunkt: Kinderarmut bekämpfen“, 2017

DV Positionen

- Empfehlungen des Deutschen Vereins zur Förderung der Integration geflüchteter Menschen 2016
- Empfehlungen des Deutschen Vereins: Von der Schulbegleitung zur Schulassistenten in einem inklusiven Schulsystem 2016
- Stellungnahme der Geschäftsstelle des Deutschen Vereins zum Entwurf des Fünften Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung (vom 12. Dezember 2016)

- Stellungnahme der Geschäftsstelle des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V. anlässlich der Anhörung zum Thema „Verbesserung der Situation Alleinerziehender“ des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend des Deutschen Bundestages am 14. März 2016
- Eckpunktepapier des Deutschen Vereins zur Weiterentwicklung des Systems monetärer Unterstützung von Familien und Kindern 2013
- Erstes Diskussionspapier des Deutschen Vereins zu inklusiver Bildung 2011